

Tag des Bodens – heute!

40 Jahre nach den Ereignissen hat sich für die arabische Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten nichts zum Besseren gewendet. Sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten sind die PalästinenserInnen Landraub, rassistischer Diskriminierung und der Missachtung ihrer Rechte ausgesetzt.

Nach wie vor herrscht in Israel die Ideologie, dass JüdInnen in allen Teilen des Landes die Mehrheit stellen müssen. So sprach Benjamin Netanjahu 2010 von der Gefahr einer „Balkanisierung“ des Landes durch die 160.000 Beduinen, die in der Negev Wüste leben. Durch den Praver Plan sind 40.000 von ihnen von einer Zwangsumsiedlung bedroht, die Platz für jüdische Siedlungen machen soll.

Dass ein jüdischer Staat nicht ein demokratischer Staat ist, der die Gleichheit aller seiner BürgerInnen achtet, zeigt sich nicht zuletzt in der Siedlungstätigkeit in Israel. Seit 1948 wurden 700 jüdische Siedlungen in Israel errichtet. Dem stehen ganze sieben neu errichtete Siedlungen für arabische BürgerInnen Israels entgegen. Letztere sind Trabantenstädte für zwangsumgesiedelte Beduinen.

Die palästinensischen Gemeinden in Israel leiden nicht nur unter den Zwangseinteignungen zugunsten der jüdischen Siedlungen. Sie werden auch systematisch bei den Mittelzuweisungen benachteiligt, sodass die Infrastruktur verfällt. Die Menschen in den arabischen Gemeinden in Israel haben das geringste Einkommen und stellen die unterste soziale Schicht innerhalb der ethnischen Pyramide Israels dar. Kinder aus diesen Gemeinden sind beim Zugang zu den höheren Schulabschlüssen unterrepräsentiert.

Die besetzten Gebiete - Landraub und Verdrängung

Nach allgemeiner Ansicht stellt der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu einem gerechten Frieden dar. Seit den Verträgen von Oslo im Jahre 1993, die nach Ansicht vieler die Grundlage eines palästinensischen Staates bilden sollten, hat sich die Anzahl der SiedlerInnen fast verdreifacht. Heute leben über 700.000 SiedlerInnen in den illegal errichteten Siedlungen, deren Errichtung einen Bruch mit dem Völkerrecht darstellt. Diese Siedlungen werden oft auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen der palästinensischen Bauern erbaut. Indem die SiedlerInnen selber Ackerbau betreiben, ist das von ihnen beanspruchte Land aber um einiges größer als die Siedlungen selbst.

Der „Friedensprozess“ von Oslo hat mit der Aufteilung des palästinensischen Gebietes in A-, B- und C-Gebiete das Leben der PalästinenserInnen unter eine permanente Kontrolle gestellt. 500 Checkpoints sorgen dafür, dass die PalästinenserInnen nicht mehr von einem Dorf zum nächsten fahren können, ohne kontrolliert zu werden. Dabei stehen nur 38% des Westjordanlandes unter palästinensischer Kontrolle. Die restlichen 62 % unterstehen israelischer Verwaltung. Die israelische Politik führt in den C-Gebieten eine Politik der Verdrängung zugunsten jüdischer SiedlerInnen durch. Von den 300.000 PalästinenserInnen, die 1967 im Jordantal lebten, leben dort heute nur noch 56.000. Davon 70% im A-Gebiet Jericho. Ein Hebel für die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung sind die Baugenehmigungen. In 70% der C-Gebiete ist keine Bebauung erlaubt. In den restlichen Gebieten werden nur 5% der gestellten Anträge genehmigt. Gebäude, die trotzdem errichtet wurden, sind ständig bedroht, von israelischen Bulldozern zerstört zu werden.

Das musste auch die EU erfahren, als dieses Jahr eine Schule für Beduinenkinder, die aus der EU-Entwicklungshilfe finanziert worden war, abgerissen wurde. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind im Westjordanland schon 121 Gebäude niedrigerissen worden, gegenüber 108 zerstörten Gebäuden aus dem letzten Jahr. Ein Großteil dieser Häuser war aus Geldern der EU finanziert worden. Mit dieser Maßnahme will sich die israelische Regierung dafür rächen, dass die EU Anfang des Jahres eine Richtlinie erlassen hat, wonach Produkte aus den besetzten Gebieten besonders zu kennzeichnen sind und nicht mehr als „Made in Israel“ vertrieben werden dürfen.

Aufteilung des Westjordanlandes nach Oslo II

- **Zone A:** Vollständig unter palästinensischer Kontrolle: Überwiegend urbane Gebiete (Städte: Hebron, Ramallah, Nablus, Tulkarem und Kalkilja). Die Polizei der Palästinensischen Autonomiebehörde ist für die öffentliche Sicherheit verantwortlich.
- **Zone B:** Zivile Verwaltung durch die Palästinenser, die öffentliche Sicherheit liegt in israelischer Verantwortung: Überwiegend dicht besiedelte ländliche Gebiete und Dörfer in den Außenbezirken der Städte in Zone A.
- **Zone C:** Militärisch und zivil vollständig unter israelischer Kontrolle. Das betrifft auch die Bereiche Bildung, Strom- und Wasserversorgung, Siedlungsbau, Straßenbau zu den Siedlungen; Pufferzonen (Umgebung der Siedlungen), Straßen, strategische Zonen und Israel) sowie fast das gesamte Jordantal. Zone C erstreckt sich über 63 Prozent des zu Zone A gehörenden Agrarlandes.



Quelle: passia.org © DW